

Niklas Potrafke

EINLEITUNG

Gerontokratie:

Hans-Werner Sinn und die Rentenreformen



Niklas Potrafke ist Professor für Volkswirtschaftslehre, insb. Finanzwissenschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität München und leitet das ifo Zentrum für öffentliche Finanzen und politische Ökonomie.

In den Medien wird oft behauptet, dass in Deutschland nun die Alten herrschen. Auf einen Rentner kommen gegenwärtig weniger als drei Menschen im erwerbsfähigen Alter. Rentner beteiligen sich besonders rege an Wahlen, und ihre Wünsche haben im politischen Prozess großes Gewicht. Ökonomen verwenden für diese Altenherrschaft gern den Fachbegriff Gerontokratie. Eine Abkehr von der Gerontokratie ist nicht abzusehen. Im Gegenteil: Durch den demographischen Wandel werden in Zukunft immer weniger junge Menschen immer mehr alte Menschen finanzieren müssen. Für das Rentenversicherungssystem ist das ein Problem. Die gesetzliche Rentenversicherung funktioniert nach dem Umlagesystem (ULV), d. h., die heute ausgezahlten Renten werden – von den steuerfinanzierten Bundeszuschüssen abgesehen – aus den heute eingezahlten Beiträgen der Erwerbstätigen bezahlt.

In den 1990er Jahren hat in Deutschland deshalb eine Debatte zu einer Reform des

deutschen Rentenversicherungssystems eingesetzt. Wesentliches Element dieser Debatte war, inwieweit von dem ULV zu einem Kapitaldeckungsverfahren (KDV) übergegangen werden sollte bzw. ob dies überhaupt möglich wäre. Beim KDV legt jeder Bürger während der Erwerbsphase Ersparnisse beiseite und legt es am Kapitalmarkt an. Das KDV ist dem ULV vorzuziehen, wenn die Rendite des KDV, der Kapitalmarktzins, größer als die Rendite des ULV, die Wachstumsrate der Lohnsumme (die Summe aus der Wachstumsrate der Bevölkerung und der Löhne), ist. Weil Kapitalmarkrenditen über viele Jahre größer als die Wachstumsrate der Lohnsumme waren, hatte das KDV viele Befürworter. Ein Übergang vom ULV zum KDV hätte jedoch verlangt, dass die heute junge Generation nicht nur ihre eigene Rente selbst anspart, sondern darüber hinaus die Renten der alten Generation bezahlt. Schließlich hat die alte Generation in der Erwerbsphase Beiträge ins ULV eingezahlt, aber

eben noch nicht selbst für die eigene Rente gezahlt, wie es das KDV vorsieht.

Hans-Werner Sinn hat sich Ende der 1990er Jahre in diese Debatte eingeschaltet. Einen vollständigen Übergang vom ULV zum KDV hat er abgelehnt und vielmehr Reformszenarien befürwortet, die Mängel des ULV ausbessern und Elemente des KDV integrieren. 1998 hat der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft ein Gutachten vorgelegt, das eine grundlegende Reform der Rentenversicherung aufzeigt. Bei diesem Gutachten war HWS federführend. Die Vorschläge beinhalteten z. B. eine Sparförderung für eine kapitalgedeckte Zusatzrente, wie sie dann auch bei der nächsten Rentenreform der rot-grünen Bundesregierung umgesetzt worden ist (Riester-Rente). Als ebenso unabdingbar wurde eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit gefordert. Die Simulationen im Gutachten beruhten auf den ersten Versionen des CESifo Pension Models, das seinerzeit Marcel Thum einführte und Martin Werding in den Folgejahren weiterentwickelte.

HWS hat früh angeregt, das Großziehen von Kindern im gesetzlichen Rentenversicherungssystem zu berücksichtigen. Die Idee: Wer Kinder hat, trägt zum Selbsterhalt des umlagefinanzierten Rentenversicherungssystems bei. HWS und Martin Werding haben vorgeschlagen, dass Rentner mit weniger als drei Kindern Abschläge bei der Rente in Kauf nehmen müssen. Diese Kinderkomponente hat HWS seit Jahr und Tag befürwortet. Dem ist er auch treu geblieben, als die große Koalition Ende 2013 beschlossen hat, eine »Mütterrente« einzuführen. HWS' Sicht der Dinge war klar: Die Mütterrente ist sinnvoll, weil sie das Großziehen von Kindern belohnt, wodurch im Umlagesystem die Rente der zukünftigen Generationen gesichert wird. Im Gegensatz dazu hat HWS

die ebenfalls beschlossene Möglichkeit des vorzeitigen Renteneintritts ohne Abschläge im Alter von 63 Jahren bei Vorliegen von 45 Versicherungsjahren als verfehlt betrachtet, weil sie ausschließlich den Betroffenen und nicht dem System zugutekommt.

Als Student im Hauptstudium an der Humboldt-Universität zu Berlin bin ich auf den politisch-ökonomischen Aufsatz »Pensions and the path to gerontocracy in Germany« von Silke Übelmesser und HWS aufmerksam geworden. Zwar macht der demographische Wandel Reformen, die die Nachhaltigkeit des Rentenversicherungssystems sichern, notwendig. Doch ist davon auszugehen, dass der immer älter werdende wahlentscheidende Wähler (Medianwähler) Rentenreformen ablehnt, die zu weniger Transfers von den Jungen zu den Alten führen. Der Aufsatz von Übelmesser und HWS, publiziert 2002 im *European Journal of Political Economy*, hat bei mir Spuren hinterlassen. Meine Diplomarbeit schrieb ich über intergenerationelle Umverteilung in der deutschen Rentenversicherung. Mein Interesse für politisch-ökonomische Fragen war geweckt.

Das Modell von Übelmesser und HWS sagt die Gerontokratie für nach dem Jahr 2016 voraus. Viele Leser werden sich damals gefragt haben, warum ausgerechnet nach 2016 die Alten in Deutschland herrschen sollten. Schließlich war HWS beim Publizieren des Aufsatzes 2002 noch nicht der Superstar, der er im Laufe seiner ifo-Präsidentschaft wurde, und seine Treffgenauigkeit mag nicht für jedermann offensichtlich gewesen sein. Deutschland fragt sich, was HWS als Pensionär wohl machen wird. Stillhalten? Wohl weniger. Der Grund für die Gerontokratie in Deutschland nach 2016 ist folglich ganz offensichtlich: HWS geht in Pension. Nun herrschen wirklich die Alten.